

**Rede von Ministerin Christa Thoben anlässlich des Forums für
Zukunftsenergien am 27. Oktober 2006 in der Landesvertretung Nordrhein-
Westfalen in Berlin**

Nachhaltige Energiepolitik – wie viel Steuerung braucht der Markt?

Sehr geehrte Damen und Herren,
ich heiÙe Sie herzlich willkommen in den Räumlichkeiten der Landesvertretung von
Nordrhein-Westfalen.

Dieses Gebäude, in dem wir uns befinden, wurde im Jahr 2001 gebaut. Aus einem
Wettbewerb gingen die Düsseldorfer Architekten Petzinka und Pink als Preisträger
hervor. Sie entwarfen die imposante Konstruktion aus Holz, Glas und Stahl. Die
gelungene Bautechnik verbindet sich mit einer innovativen Energieversorgung. Zum
Einsatz kommen eine Brennstoffzelle, eine Mikrogasturbine sowie eine
Photovoltaikanlage auf dem Dach. Es handelt sich um ein Haus, in dem
Zukunftsenergien und Zukunftstechnologien zur Deckung des Energiebedarfs
eingesetzt werden. Das ist das geeignete Ambiente für die Mitgliederversammlung
des Forums für Zukunftsenergien.

Ich freue mich, dass Sie unsere Landesvertretung als Ort Ihrer diesjährigen
Versammlung gewählt haben. Lassen Sie sich bei Ihren Beratungen von diesem
Ambiente inspirieren, einem Ambiente, das Nachhaltigkeit in der Baukultur und in der
Energieversorgung erlebbar macht.

Nachhaltig ist eine Baukultur, nachhaltig ist eine Ökonomie, nachhaltig ist eine
Energieversorgung dann, wenn sie den Menschen über mehrere Generationen
hinweg dient und auch kommenden Generationen eine Zukunft ermöglicht.

Den Menschen nachhaltig zu dienen heißt nicht nur, ihnen eine Mindestversorgung
zu geben, sondern heißt vielmehr, ihnen die Voraussetzungen zu sichern, dass sie in
eigener Verantwortung ihr Leben gestalten.

Der Mensch steht im Mittelpunkt unseres politischen Handelns. Staatliche Politik hat davon auszugehen, dass die Bürger bereit sind, für sich, für ihre Familie, für das Gemeinwesen selbst Verantwortung zu übernehmen. Eine solche freiheitliche Gesellschaft fördert die Kreativität der Menschen, gleichzeitig braucht sie als inneres lebendiges Gerüst eine hoch präsente Werteorientierung.

Aufgabe der Politik ist es, den Rahmen für die freiheitliche Gesellschaft und für eine nachhaltige Entwicklung zu schaffen.

Nachhaltige Energiepolitik als Grundlage für Wachstum und Beschäftigung

Wie gesagt, Nachhaltigkeit ist auch in der Energiepolitik gefragt. Der Ruf nach einem nationalen Energiekonzept zeigt, dass nachhaltige politische Lösungen gewünscht werden. Die Bundesregierung hat sich dieser Aufgabe angenommen und organisiert einen breit angelegten Prozess, um ein energiepolitisches Gesamtkonzept für die Bundesrepublik Deutschland zu erarbeiten.

Seit Bestehen der Bundesrepublik hat es immer wieder Phasen einer verstärkten energiepolitischen Diskussion gegeben, die in Leitthemen und grundsätzlichen gesellschaftlichen Verständigungen mündeten. Die energiepolitischen Ziele: Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit, Klima und Umweltschutz befinden sich seit 1945 in einem Spannungsfeld mit sich verändernden Gewichten.

Nach dem 2. Weltkrieg stand die Versorgungssicherheit auf der Grundlage eigener Reserven, d. h. vor allem der Kohle, im Vordergrund. Neue industrielle Prozesse und die Ausweitung des Verkehrs führten zum Ausbau der Mineralölwirtschaft und zu neuer Infrastruktur.

Energiekrise und der Ölschock in den 70er Jahren läuteten eine Wende in der energiepolitischen Diskussion ein. Der nahezu unerschütterliche Glaube an ein unaufhaltsames Wirtschaftswachstum wurde erschüttert. Unsere Abhängigkeit von Energieimporten wurde als Risiko erkannt. Seit den 80er Jahren rückten Umweltfragen verstärkt in das öffentliche Bewusstsein. Luftverschmutzung, Smog

und saurer Regen sowie die Vermeidung dieser Umweltbelastungen waren Themen der öffentlichen Diskussion. Nach dem Reaktorstörfall in Harrisburg und der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl wurden auch die Risiken der Stromerzeugung durch Kernkraft zu einem bestimmenden Thema.

Die Antworten auf die veränderten Schwerpunktthemen der energiepolitischen Diskussion waren zum einen Entwicklungen des Umweltrechts zum Schutz vor Belastungen. Ein Beispiel hierfür ist die Großfeuerungsanlagenverordnung. Zum anderen gehören Energieeinsparungen beim Bauen, der Ausbau der Fernwärme und die Förderung erneuerbarer Energien ebenfalls zu dem neuen Leitbild einer umweltfreundlichen Energieversorgung.

Dieses eher deutschlandbezogene Leitbild der achtziger und neunziger Jahre muss sich nun den Herausforderungen der zunehmenden Globalisierung stellen. Dazu gehören die notwendigen Klimaschutzbeiträge ebenso wie die höheren Anforderungen an die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und Industrie. In jüngster Zeit prägen vor allem die weltweit steigenden Preise für Energieträger wie Öl und Gas sowie die Auswirkungen der Liberalisierung der Energiemärkte die Debatte. Internationale Themen bestimmen zunehmend die Energiepolitik. Wir erkennen zunehmend, wie wichtig es ist, die drei Säulen Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, Klima- und Umweltschutz ins Gleichgewicht zu bringen:

Nachhaltige Energiepolitik muss Grundlage für Wachstum und Beschäftigung sein.

Vor diesem Hintergrund ist der neue energiepolitische Dialog des nationalen Energiegipfels zu verstehen.

Vor zwei Wochen fand das 2. Energiegipfel-Treffen statt. Es ging um die internationalen Aspekte der deutschen Energiepolitik sowie um die Energieeffizienz. Der 3. Gipfel wird sich mit dem künftigen Energieträger-Mix beschäftigen. In der betreffenden Arbeitsgruppe 2 haben die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen die Federführung. Wir führen dort ernsthafte und sachliche Diskussionen und bemühen uns um langfristig tragfähige Lösungen. Zwar geht es

nicht ohne Kompromisse, aber es sollte sich um Kompromisse handeln, bei denen wir erwarten können, dass sie länger als eine Legislaturperiode Bestand haben.

Zum Thema Stromerzeugung aus Kernenergie haben wir uns auf den "kleinsten gemeinsamen Nenner" geeinigt. Es gibt aber ergänzende Mehrheits- und Minderheitsvoten. Die Vereinbarung der früheren Bundesregierung und der Energieversorgungsunternehmen, die Stromerzeugung aus Kernenergie zu beenden, wird durch die Formulierungen im Positionspapier der Länder nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Die seinerzeitige Vereinbarung ist aber unter bestimmten Rahmenbedingungen zustande gekommen. bei der vereinbarten Laufzeit von mehr als 20 Jahren ist es ein ganz normaler Vorgang, dass die Einhaltung dieser Rahmenbedingungen von Zeit zu Zeit überprüft wird. Sollte sich abzeichnen, dass sich die Rahmenbedingungen gravierend verändert haben, dann muss auch die geschlossene Vereinbarung auf den Prüfstand gestellt werden dürfen. Die bereits festgestellten deutlichen Veränderungen der Rahmenbedingungen beschreiben wir im Votum der Mehrheitsländer.

Auch in der Europäischen Union wird an einer energiepolitischen Gesamtstrategie gearbeitet. Diese wird unter anderem ein Thema der deutschen Ratspräsidentschaft werden, die im Jahr 2007 beginnt.

Woher kommt dieses aktuelle Bedürfnis nach energiepolitischen Gesamtkonzeptionen?

Ich sehe im Wesentlichen vier Ursachen:

1. die zunehmenden Risiken und Herausforderungen in der Energieversorgung,
2. die Absicherung von notwendigen Großinvestitionen in den Kraftwerkspark und in die Netze,
3. die Folgen der Liberalisierung der Energiewirtschaft sowie
4. die möglichst wirtschaftliche Umsetzung von Umwelt- und Klimaschutzziele.

1. Zwar bestehen die Import-Abhängigkeiten bei Erdöl und Erdgas seit vielen Jahren, jedoch hat diese Abhängigkeit noch weiter zugenommen und damit auch die allgemeine Wahrnehmung dieser Risiken für die Sicherheit unserer Energieversorgung. Der schnelle Anstieg des Erdölpreises seit dem vergangenen Jahr und die Auseinandersetzungen über die Gaslieferungen zwischen Russland und der Ukraine tragen zu einem wachsenden Risikobewusstsein bei.

2. Die deutsche Energiewirtschaft steht vor großen Investitionsentscheidungen über den Bau neuer Kraftwerke. Auf dem ersten Energiegipfel kündigten die Unternehmen ein Kraftwerkserneuerungsprogramm in einem Umfang von 40.000 Megawatt Leistung an. Ich möchte, dass Sie sich die ökonomischen Dimensionen, um die es geht, vorstellen. Die ungefähren Kosten für den Neubau eines Steinkohlekraftwerkes mit 750 Megawatt Leistung in Nordrhein-Westfalen betragen rund 750 Mio. Euro. Verständlich, dass die Investoren ein Interesse an möglichst hoher Planungssicherheit haben. Nach der Liberalisierung liegt das Investitionsrisiko – und das ist neu - bei den Energieversorgungsunternehmen.

Wir brauchen diese Modernisierung unserer Stromversorgung. Sie wird dazu beitragen, den Wirtschaftsstandort Deutschland zukunftssicher zu machen.

3. Ein Markt befindet sich in der deutschen Energiewirtschaft erst in der Entwicklung. Das heißt, staatliche Rahmenbedingungen müssen funktionierende Markt- und Wettbewerbsbedingungen schaffen. Im Jahr 1998 wurde die EU-Richtlinie zum Elektrizitätsbinnenmarkt in nationales Recht umgesetzt. Im vergangenen Jahr (2005) erfolgte die Umsetzung des Gasbinnenmarktes und die Einrichtung einer nationalen Regulierungsbehörde. Vor 1998 war die Energieversorgung in Deutschland in Gebietsmonopolen organisiert, die eng mit der Politik verflochten waren. Die Jahrzehnte alten Strukturen, Verflechtungen und Verhaltensweisen wirken noch nach. Durch die Liberalisierung werden diese Wirtschaftsakteure zum wettbewerblichen Handeln bewegt, müssen sich neu orientieren und mit ihren Unternehmensplanungen eigenes Risiko eingehen.

4. Mit dem Emissionshandel und dem Erneuerbare-Energien-Gesetz hat der Staat zwei neuartige marktnahe Instrumente geschaffen, deren ökonomische Auswirkungen über die bisherigen Instrumente: "Ordnungspolitik und Förderprogramme" weit hinausreichen. Der Emissionshandel zwingt z. B. Kraftwerksbetreiber nicht nur zu bestimmten Umweltstandards, sondern der Handel mit den CO₂-Zertifikaten wird zum Bestandteil der Unternehmensstrategien.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz gibt neuen Stromanbietern auf dem Markt eine gesetzlich garantierte Abnahmegarantie über einen Zeitraum von 20 Jahren. Durch dieses Modell haben regenerativen Energien verstärkt Einzug in den verfestigten deutschen Energiemarkt halten können.

Und ich will anerkennend sagen, die damit verbundenen Chancen auch industriepolitischer Art sind genutzt worden.

Die Regenerative Energiewirtschaft in NRW z. B. hat ihren Umsatz innerhalb von 2 Jahren (2003 bis 2005) mehr als verdoppelt. Im Jahr 2005 lag der Umsatz bei insgesamt 4,2 Milliarden Euro. Wir haben heute 3.000 Unternehmen dieses Clusters in unserem Land. Dies ist im Vergleich zur fossilen oder nuklearen Energiewirtschaft zwar noch recht bescheiden, immerhin jedoch ein ermutigender Anfang.

2. Besonderheiten des Energiemarktes

Strom und teilweise auch Wärme sind Produkte, für die aufgrund ihrer physikalischen Beschaffenheit besondere Marktgesetze gelten. Sie lassen sich nicht handeln wie Zitronen oder Möbel. Die Strom- und Gasnetze bilden natürliche Monopole, die der staatlichen Regulierung bedürfen.

Der deutsche Energiemarkt wird von einem Oligopol von vier großen Energieversorgungsunternehmen dominiert, in deren Eigentum sich beispielsweise in Nordrhein-Westfalen nahezu das gesamte Höchstspannungs-, Hochspannungs und Mittelspannungsnetz befindet. Ähnliches gilt für das Gasnetz. Auch hier ist der größte Anteil am Gasnetz auf ganz wenige Unternehmen konzentriert.

Für Pluralität und Wettbewerb sorgen in Deutschland bisher sogenannte "Independent Power Producer" und vor allem kommunale EVU's, auch wenn ihre Abhängigkeit von den vier großen Energieversorgungsunternehmen als ihren Vorlieferanten relativ groß ist. Sie stärken aufgrund ihrer dezentralen Aufstellung die Versorgungssicherheit und tragen zur Diversifizierung des Energie-Mixes bei.

Zur Verstärkung des Wettbewerbs sind mehr Anbieter, insbesondere auf der Erzeugungsebene, und ausreichende grenzüberschreitende Leitungskapazitäten notwendig.

Neue Anbieter von Strom und Wärme stehen jedoch vor vielen Erschwernissen:

- Wettbewerbsnachteile durch hohe Netznutzungsentgelte,
- Kapitalbindung und lange Amortisationszeiten für potenzielle Kunden der gewerblichen Lieferung von Wärme,
- lange Vertragslaufzeiten von Contracting stoßen in der Immobilienwirtschaft auf geringe Akzeptanz.

Deutschland braucht wettbewerbsfähige und faire Energiepreise

Geringer Wettbewerb führt zu höheren Energiepreisen im Vergleich zu anderen europäischen Ländern mit mehr Wettbewerb. Wenn in Deutschland die Energiepreise zum Teil deutlich höher sind als in konkurrierenden Volkswirtschaften in Europa, gefährdet dies den Bestand von Unternehmen und Arbeitsplätzen.

Wettbewerbsfähige Energiepreise sind für die exportorientierte Wirtschaft und für die privaten Verbraucher in Deutschland unverzichtbar. Sie sind Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen, für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sowie für die Kaufkraft der privaten Haushalte.

Weltweit steigende Öl- und Gaspreise können allerdings durchaus positive Auswirkungen auf den deutschen und den europäischen Energiemarkt haben. Aktuelle Studien zeigen folgende Konsequenzen: Der Primärenergieverbrauch würde sinken, weil sich Effizienzverbesserungen besser rechnen. Die Wirtschaftlichkeit erneuerbarer Energien würde steigen. Für den Klimaschutz wäre allerdings

problematisch, wenn anstelle von Gaskraftwerken mehr Kohlekraftwerke errichtet würden ohne deren Effizienz signifikant zu erhöhen oder gar eine CO₂ freie Kraftwerkstechnik zu entwickeln.

3. Was wollen wir nicht steuern?

Als Grundsatz gilt, dass der Staat nicht in unternehmerische Entscheidungen eingreifen soll. Folgt der Staat diesem Grundsatz nicht, kann das jahrzehntelange Subventionierungen hervorrufen, die zu Besitzständen verkrusten.

Neue Handlungsspielräume durch den sozialverträglichen Abbau der Steinkohle subventionen

Ich weise auf die schmerzhaften Prozesse hin, die mit dem Ausstieg aus der Subventionierung der heimischen Steinkohle verbunden sind. Es gibt jedoch zu dem von uns gewähltem Weg keine Alternative.

Durch den sozialverträglichen Abbau der Steinkohlesubventionen gewinnen wir neue Handlungsspielräume, auch um technologische Entwicklungen in der Energiewirtschaft anzuschieben.

Strompreisaufsicht bis der Markt funktioniert

Wenn wir einen funktionierenden Markt für Stromlieferungen hätten, müsste dieser zu hohe Strompreise verhindern. Dann bräuchten wir beim Strom keine Preiskontrolle. Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass für Kleinkunden noch kein ausreichender Wettbewerb besteht. Ein Indiz dafür ist die geringe Zahl der Haushaltskunden, die zu einem anderen Anbieter wechseln.

Wir wollen die Strompreisaufsicht zum Schutz der Haushaltskunden solange, bis auch in diesem Kundensegment ein wirksamer Wettbewerb erreicht ist. Deshalb hat das Land Nordrhein-Westfalen einen Gesetzesantrag in den Bundesrat eingebracht, die Strompreisaufsicht zunächst weiterzuführen, das heißt auf ihre im nächsten Sommer gesetzlich vorgesehene Abschaffung bis auf weiteres zu verzichten.

Von Vorschlägen, die Stromkonzerne gesetzlich zu zwingen, einen Teil ihrer Kraftwerke zu verkaufen, halte ich allerdings nichts. Wir haben in Deutschland funktionierende Kartellbehörden, die dem Missbrauch von Marktmacht entgegen treten. Dieses Instrumentarium halte ich für ausreichend, um Druck auf die Energieversorgern auszuüben, damit die Blockaden beim Netzzugang beseitigt werden.

Und wir müssen auch ehrlich sein und zur Kenntnis nehmen, dass unsere hohen deutschen Energiepreise teilweise hausgemacht sind. Deshalb darf der hohe staatlich verursachte Anteil an den Energiepreisen nicht weiter steigen; vielmehr suchen wir nach Möglichkeiten, ihn zu reduzieren.

Eine aktive Energiepolitik – auch ohne Eingriffe in unternehmerische Entscheidungen – verfügt über wirksame Instrumente. Damit arbeiten wir in Nordrhein-Westfalen.

Das heißt, wir entscheiden uns nicht für Einzel-Technologien, sondern bieten Anreizinstrumente für Technologieentwicklungen, die Erfolge auf dem Weg zu einer nachhaltigen Energieversorgung versprechen. Im Dialog "Wirtschaft und Umwelt" durchforsten wir unser Ordnungsrecht und unsere Planungs- und Genehmigungsverfahren, um innovativen Unternehmen das Leben zu erleichtern. Mit der Förderung von Forschung und Entwicklung unterstützen wir neue Energietechniken kurz vor der Marktreife. Beratung, Kompetenz-Netzwerke, aber auch Informationskampagnen gehören ebenfalls zu einem erfolgreichen energie- und technologiepolitische Konzept .

Beispiel Wärmepumpen-Marktplatz NRW

Seit 6 Jahren betreiben wir den Wärmepumpen-Marktplatz NRW. Er wird zur Hälfte vom Land NRW und zur anderen Hälfte von der Wärmepumpenbranche selbst getragen. Er hat das Ziel, den Marktanteil der Wärmepumpentechnik deutlich zu steigern.

Zum Marktplatz gehören mehr als 100 Verbände, Institutionen, Energieversorger, Hersteller, Fachbetriebe und Bohrunternehmen. Der überwiegende Anteil der Aktivitäten richtet sich an den Endverbraucher, um diesen über die Vorteile der Wärmepumpentechnik aufzuklären. Die Wärmepumpe spart mehr als 50% der Heizkosten und reduziert bei höherem Komfort deutlich die Umweltbelastungen.

Der Marktplatz geht auf Messen und Veranstaltungen. Ein Marktführer bringt dem Verbraucher die Technik leicht verständlich nahe und verschafft ihm den Kontakt zu kompetenten Unternehmen. Besondere Aufmerksamkeit haben die jährlichen Wärmepumpen Wochen NRW, die zwischenzeitlich schon Tradition erlangt haben.

Eine weitere, sehr wichtige Zielgruppe sind die Architekten und Fachingenieure. Seit einem Jahr hat der Marktplatz die Zusammenarbeit auch auf die Verbände der Wohnungswirtschaft ausgedehnt, denn das Interesse dieser Klientel an der Wärmepumpe steigt sprunghaft an..

Beispiel Kompetenz-Netzwerk Brennstoffzelle und Wasserstoff

Auch unser Kompetenz-Netzwerk Wasserstoff und Brennstoffzelle wird von mehr als 300 Unternehmen und Forschungseinrichtungen in NRW mit getragen.

Zur Zukunft der Brennstoffzelle höre ich aus verschiedenen Unternehmensbereichen jede Woche andere Zeitangaben. Die einen sprechen von 10, die anderen von 20 oder gar 30 Jahren, bis eine Markteinführung möglich sei.

Die nordrhein-westfälischen Projekte zur Wasserstofftechnologie geben differenzierte Auskünfte. Zu unterscheiden sind frühe Marktsegmente mit technisch fortgeschrittenen Anwendungen und Marktteilnehmern von anderen längerfristigen Anwendungsfällen. Letztere bedürfen stetiger Forschungsanstrengungen.

Bisher haben wir fast 60 Forschungs- und Entwicklungsprojekte von Unternehmen in NRW angestoßen und begleitet. Unter anderem beteiligen wir uns an der Erprobung und Demonstration von rund 160 Kleinfahrzeugen mit Brennstoffzellentechnik in vier europäischen Regionen (EU-Projekt HYCHAIN-MINITRANS).

NRW wird sich weiterhin in der Entwicklung der Wasserstofftechnologie engagieren. Vor allem auch im Verkehrssektor sehen wir große Chancen, die Mobilität der Zukunft durch diese emissionsarme Technik zu sichern.

4. Was wollen wir steuern?

Nordrhein-Westfalen ist die modernste und bedeutendste Energieregion in Deutschland und Europa. In keiner anderen Region ist die wirtschaftliche Bedeutung von energieverbrauchender und anbietender Wirtschaft, von Energieforschung und Energietechnologieentwicklung so stark ausgeprägt wie in NRW.

Diese Spitzenposition bedeutet auch eine hohe Verantwortung. Wir richten unsere Energiepolitik an den Zielen der Nachhaltigkeit aus und fühlen uns dabei dem Zieldreieck Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit gleichermaßen verpflichtet.

Die Wirksamkeit des Klimaschutzes steigern

Wir stellen uns konsequent der Aufgabe des Klimaschutzes. Klimaschutz ist allerdings eine globale Herausforderung, der man effizient auch nur in globaler Weise begegnen kann. Das bedeutet: nationale und europäische Alleingänge im Klimaschutz sind ökologisch und ökonomisch wenig sinnvoll, wenn wichtige Industrie- und Entwicklungsländer nicht mitziehen. Sie können vielmehr zur Abwanderung von Produktionen und Arbeitsplätzen in Länder mit niedrigeren oder gar keinen CO₂-Beschränkungen führen.

Unsere Klimaschutzpolitik muss deshalb stärker den Kriterien Effizienz und internationale Wettbewerbsfähigkeit genügen. In diese Richtung ist auch das Instrument des Emissionshandels weiter zu entwickeln.

Gerade in Nordrhein-Westfalen mit seinen exportorientierten Technologiebranchen sehen wir aber auch die industriepolitischen Chancen des Klimaschutzes:

- die Effizienzsteigerung bei konventionellen Kraftwerkstechnologien,
- die Entwicklung zukunftsfähiger Netze und leistungsfähiger Energiespeicher-Technologien,
- verbrauchsärmere Produktions- und Antriebsprozesse in Industrie und Verkehr,
- Senkung des Energieverbrauchs im Gebäudebereich sowie bei den Haushaltsgeräten.

Energieeffizienz als Schlüssel zur Modernisierung unserer Wirtschaft

Die Steigerung der Energieeffizienz ist das stärkste Bindeglied zwischen den Eckpunkten des Zieldreiecks nachhaltiger Energiepolitik. Mehr Effizienz sorgt für mehr Versorgungssicherheit, für mehr Wirtschaftlichkeit und für mehr Umweltverträglichkeit.

Kohlekraftwerke werden auch in den kommenden Jahrzehnten einen großen Beitrag zur Stromversorgung in Deutschland leisten. In Nordrhein-Westfalen unterstützen wir die Entwicklung von hocheffizienten Verbrennungs- und Vergasungstechnologien.

Bei dem von der Energiewirtschaft geplanten Kraftwerkserneuerungsprogramm sollen Kraftwerke mit einem Wirkungsgrad von über 43 % in der Braunkohle und von über 45 % in der Steinkohle zum Zuge kommen.

Das entspricht dem Modell des Referenzkraftwerkes, das unser Kompetenz-Netzwerk Kraftwerkstechnik als Messlatte für umweltfreundliche Spitzentechnologie in NRW entwickelt hat. In dem Netzwerk arbeiten Energieversorger, Kraftwerksbauer, Institute und Hochschulen unter der Moderation unserer Landesinitiative Zukunftsenergien.

Auch mit einer modernen und effizienten Nutzung von Kohle sind hohe CO₂-Emissionen verbunden. Deshalb müssen die Arbeiten zur Entwicklung eines CO₂-freien Kraftwerkes, zur CO₂-Speicherung bzw. zur CO₂-Verwertung zügig vorangehen.

Energieeffizienz bei Gebäuden, Haushalten und Unternehmen

In Nordrhein-Westfalen sind wir stolz auf unsere großen Erfolge bei der Energieeffizienz von Gebäuden, Neubauten wie Altbauten und auf ihre zunehmende Versorgung mit erneuerbaren Energien: Biomasse, Solarthermie, Geothermie. Die vielen realisierten Beispiele ziehen eine wachsende Zahl ausländischer Fachbesucher in unser Land.

In den Verdichtungsräumen unterstützen wir mit Landesmitteln den Ausbau von Fernwärme und Nahwärme und damit die Nutzung der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung. Zu den von uns geförderten Siedlungen mit Zukunftsenergien gehören z. B. Solarsiedlungen und Wärmepumpensiedlungen. Auch die Realisierung einer ersten Wasserstoff-Siedlung ist in Planung.

Im vergangenen Jahr startete ich die Kampagne "Mein Haus spart". Beratungsangebote zur energetischen Modernisierung von Wohngebäuden werden zusammen geführt. Unser Ziel ist es, die jährliche Modernisierungsquote bei Altbauten zu verdoppeln. Dabei würde uns der Energiepass als Kennzeichnungspflicht für die Energieeffizienz von Gebäuden sehr unterstützen. Viele Wirtschaftsgruppen haben sich auf die Einführung des Passes vorbereitet. Wenn man sich in den Ministerien in Berlin nicht schnell einig wird, befürchte ich, dass für uns wichtige Akteure demotiviert werden.

Immer noch zu wenig bekannt sind die großen Potenziale zur Energieeinsparung in der Industrie und im Gewerbe. Gerade sie lassen sich oft besonders wirtschaftlich erschließen. Aufgabe der Energiepolitik ist es, die Informationsdefizite und Finanzierungshemmnisse insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen zu beseitigen. Das gehört auch zur Aufgabe der Strukturförderung, damit die Betriebe wettbewerbsfähig werden.

Ich freue mich über die Kooperationsbereitschaft der Energieversorgungsunternehmen in Deutschland, sich an den Anstrengungen für mehr Energieeffizienz in allen Verbrauchsbereichen zu beteiligen.

Energie-Effizienzoffensive NRW

Die Steigerung der Energieeffizienz ist der Schlüssel zur Modernisierung unserer Wirtschaft. Deshalb bereiten wir derzeit bei uns die Energie-Effizienzoffensive NRW vor.

Mit Kampagnen werden wir auf Unternehmen zugehen, um sie zu motivieren, wirtschaftlich umsetzbare Effizienzpotenziale zu erschließen. Da geht es um den Einsatz von Hocheffizienzpumpen, um effiziente gewerbliche Kühlgeräte, Prozesskälte- und Druckluftanlagen, Beleuchtungssysteme und Wärmerückgewinnungsanlagen. Mit der NRW. Bank sind wir im Gespräch, um den Unternehmen angepasste Finanzierungsinstrumente anzubieten. Eine Energieeffizienz-Offensive ist eine über mehrere Jahre angelegte Kommunikationsleistung. Sie ist auf der Bundesebene genauso sinnvoll wie in den Ländern und ebenso in Kommunen, da jede Ebene ihre spezifischen Partner, Netzwerke und Zielgruppen mobilisiert.

Energieeffizienz bei Fahrzeugen und Kraftstoffen: Weichenstellungen für die Mobilität der Zukunft

Im Verkehrssektor wird wegen der steigenden Benzinpreise nach schnellen Lösungen gesucht. Bio im Tank verspricht nicht nur weniger CO₂ sondern auch mehr Geld in der Geldbörse der Autofahrer. Bei dieser Sichtweise kommen jedoch Effizienz und industriepolitische Chancen zu kurz.

Die Anforderungen an die Mobilität der Zukunft verlangen heute die richtigen Weichenstellungen. So kommt es darauf, die Effizienzpotenziale der Motoren in Zusammenhang mit zukunftsfähigen fossilen und biogenen Kraftstoffen zu sehen. Neben Erdgas und flüssigen Bio-Kraftstoffen sehen wir auch Chancen für gasförmige Kraftstoffe, über die Erzeugung von Biogas oder über die Nutzung des Methans bei der Vergasung von Biomasse.

Auch ist es effizienter, bei der Umwandlung von Biomasse die gesamte Pflanze und nicht nur Teile auszunutzen. Das schaffen die Kraftstoffe der 2. Generation (BTL und Cellulose-Ethanol).

Biomasse wird mittlerweile ein knappes Gut. Deshalb bekommt das Konzept der Bioraffinerie eine wichtige Bedeutung, da der Rohstoff Biomasse zukünftig optimal ausgenutzt werden muss. Unser Kompetenz Netzwerk Kraftstoffe der Zukunft NRW sieht z. B. an der Rheinschiene in Nordrhein-Westfalen hervorragend geeignete Standorte sowohl für die Biomasselogistik, für Raffinerien wie auch für Demonstrationsanlagen der Biomasse-Vergasung. Eine Chance, die neuen Kraftstoff-Technologien für industriepolitische Entwicklung in NRW zu nutzen.

Wettbewerbsfähige erneuerbare Energien

Die größte Gruppe innerhalb der nordrhein-westfälischen regenerativen Energiewirtschaft stellen die Anlagenbauer für Windkraftanlagen. Sicher ist die kritische Haltung der Landesregierung zur schnellen und unangepassten Verbreitung von Windkraftanlagen bekannt. Wir reagieren damit unter anderem auf Belastungen und Störungen, die Menschen in weiten Teilen des Landes so empfinden.

Im Repowering von Altanlagen sehen wir allerdings auch Chancen in NRW. Mehrere kleine Anlagen werden durch eine große und leistungsstarke Windturbine ersetzt. Das bringt mehr Ruhe in das Landschaftsbild und kann die Störungen auf die Umgebung vermindern.

Wie gesagt: unsere Technologiepolitik ist industriepolitisch ausgerichtet. Für uns in NRW sind Energietechniken unter anderem dann interessant, wenn unsere Unternehmen sie auch exportieren können. Dafür müssen wir uns permanent um technologische Spitzenprodukte bemühen. Das gilt auch für die Windkrafttechnik.

Ein Beispiel in der Solartechnik ist das solarthermische Kraftwerk, das die Stadtwerke in Jülich bauen. Das Demonstrations- und Versuchskraftwerk besteht aus ca. 20.000 Quadratmetern Spiegelfläche und einem ca. 50 Meter hohen Turm. Es hat eine maximale elektrische Leistung von 1,5 Megawatt.

Mehr Effizienz und mehr Wirtschaftlichkeit versprechen wir uns von Entwicklungen bei der Dünnschichtzellen-Technologie bei der Photovoltaik. Das amorphe Material der Dünnschichtzellen spart Material, z. B. das knappe Silizium, und Kosten. Dafür lassen sich niedrigere Wirkungsgrade in Kauf nehmen. Die Energieforscher im Forschungszentrum Jülich erreichen heute Wirkungsgrade von 10 Prozent und mehr. Das macht die Dünnschicht-Technologie wirtschaftlich interessant.

Heimische Energieträger als Rückgrat eines zukunftsfähigen Energiemixes

Das bedeutet in erster Linie, den Abbau der wirtschaftlich bereits heute zur Verfügung stehenden Braunkohle zu sichern und gleichzeitig die erneuerbaren Energien vorwärts zu bringen. Denn die Steigerung der Energieeffizienz und die Wettbewerbsfähigkeit erneuerbarer Energien stellt auch einen Schlüssel für uns dar, um den Energie-Mix in Nordrhein-Westfalen zukunftsfähig zu machen.

Zur Zeit tragen Braunkohle, Steinkohle, Mineralöl und Erdgas jeweils ungefähr zu einem Viertel zur Deckung des Primärenergieverbrauchs bei. Der Anteil erneuerbarer Energien liegt bei circa 3 Prozent. Bei den Kraftstoffen dominiert das Mineralöl, bei der Wärmeversorgung der Gebäude das Erdgas.

Mit unserer Kampagne "Mein Haus spart", mit unseren Siedlungsprojekten, auch im Gebäudebestand, mit den gebündelten Aktivitäten der EnergieAgentur NRW und einer Vielzahl von Netzwerken in Kommunen und Regionen puschen wir Energieeffizienz und erneuerbare Energien im Wärmemarkt. Dabei legen wir uns nicht auf eine Technologie fest, sondern fördern den Wettbewerb. Verbraucher, Bauherren, Projektentwickler, Kommunen, Wärmelieferanten treffen immer wieder neue Kauf- und Liefer-Entscheidungen, sei es für Kombinationen mit Solarthermie, Geothermie oder mit Biomasse.

Um einen relevanten Beitrag der erneuerbaren Energien zu erreichen, müssen wir gleichzeitig die Energieeffizienz steigern. Deshalb ist unser NRW Konzept Erneuerbare Energien mit der Energie-Effizienzoffensive NRW eng verknüpft.

5. Was steuern wir in Deutschland, was steuert die EU?

Als Energieland mit einer besonders hohen Wertschöpfung in der Energiewirtschaft ist Nordrhein-Westfalen von Regelungen einer europäischen Energiepolitik stark betroffen.

Seit Jahrzehnten regelt die EU technische Mindeststandards in vielen Bereichen. Das dient dem europäischen Binnenmarkt. Im Energiesektor hat der europäische Binnenmarkt besonders großen Nachholbedarf. Da ist jeder Mitgliedsstaat selbst gefordert, die Trennung von Netzen, Erzeugern und Betreibern umzusetzen.

Ein weiteres Thema bei den Marktchancen und der Wettbewerbsfähigkeit von erneuerbaren Energien oder vergleichbar auch bei Effizienztechnologien sind die generellen Auflagen, die an alle Energieanlagen, gleich welcher Energieträgerart, gestellt werden. Hier muss der mühsame Weg der europäischen Harmonisierung weitergegangen werden. Der Verzicht auf die Umsetzung von Umwelt- und Sicherheitsauflagen bedeutet letztendlich eine nationale Subvention einzelner Energieträger, die dem europäischen Binnenmarkt schadet.

Wettbewerb ist die Voraussetzung für einen funktionierenden europäischen Binnenmarkt, auch für Energie. Dieser Wettbewerb sorgt für Konkurrenz um günstige Energiepreise und um effiziente Technologien auf der Erzeugungsebene.

Das neue Grünbuch "Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie" umreißt die Eckpunkte einer strukturierten europäischen Energiepolitik aus Sicht der Kommission.

Die Vorschläge im Grünbuch zu einem europaweiten Energieträger-Mix lehnt NRW ab. Diese Position haben wir auch im Bundesrat gemeinsam mit der Mehrheit der Bundesländer in Deutschland vertreten.

In unserer Stellungnahme zum Grünbuch Energiepolitik sagen wir mehrmals deutlich, dass die Umsetzung vorhandener Richtlinien Vorrang haben soll vor der Verabschiedung neuer Richtlinien.

Wir sind der Auffassung dass wir bei der Energieeffizienz in Europa über ein gutes Richtlinien-Paket verfügen, beispielsweise:

- die Richtlinie zur Gebäude-Energieeffizienz und
- die Richtlinie zur Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen, die erst seit diesem Jahr in Kraft ist.

Dem Grünbuch Energiepolitik entnehmen wir, dass die Abhängigkeit Europas von Erdöl- und Erdgasimporten in den kommenden Jahren weiter wachsen wird. Prognosen schätzen für die Zukunft einen Importanteil von 70 Prozent.

Es ist klar und verständlich, dass jeder Mitgliedstaat in Europa seine Energieversorgung für sich selbst sichern will und sichern muss. In diesem Feld zu europäischen Absprachen zu kommen, fällt schwer. Es wird sich meines Erachtens bei einer europäischen Energie-Außenpolitik vorrangig um strategische Allianzen handeln können und keinesfalls um eine systematische Koordination der Lieferbeziehungen der Mitgliedstaaten.

Die großen Energieversorgungsunternehmen in Europa sind traditionell eng mit ihren Nationalstaaten verflochten. Diese Struktur bricht aber auf. Die Unternehmen suchen die Zusammenarbeit in Europa, ich nenne das Beispiel des deutschen Energieversorgers E.ON, der sich um den Kauf des spanischen Unternehmens Endesa bemüht. Man mag dies einerseits aus der Sicht abnehmenden Wettbewerbes auf der Erzeugungsebene kritisch sehen, andererseits zeigt es, dass allein nationale Strategien angesichts der Entwicklungen auf den internationalen Energie- und Rohstoffmärkte nicht mehr ausreichen werden. Die Unternehmen entwickeln sich von nationalen zu europäischen Unternehmen. Auch die nationale Politik muss sich umstellen.

Ich begrüße die Entwicklung einer europäischen Energie-Außenpolitik, die mit der Beteiligung am Kyoto-Protokoll bereits einen großen Meilenstein gesetzt hat. Eine gemeinschaftliche Positionierung Europas im weltweiten Energie- und Rohstoffmarkt ist eine strategische Zukunftsaufgabe der Europäischen Union.

6. Zusammenfassung

Nachhaltige Energiepolitik lebt vom Wettbewerb in einem funktionierenden Markt. Dieser ist in der Energiewirtschaft durch staatliche Rahmenbedingungen erst einmal herzustellen. Vor diese Aufgabe steht Deutschland, steht die Europäische Union.

In Nordrhein-Westfalen setzen wir auf die Kooperation innerhalb Europas und auf eine enge Kooperation mit der Europäischen Kommission für einen funktionierenden europäischen Binnenmarkt für Energie.

Bei Klimaschutz, Energieeffizienz und Versorgungssicherheit kann auf staatlich definierte Mindestanforderungen nicht verzichtet werden. Die Wirksamkeit des Emissionshandels für den Klimaschutz ist zu steigern.

Die Entwicklung und die Verbreitung von Technologien können wir mit marktnahen Instrumenten vorantreiben. Die Beteiligung und Kooperation der Unternehmen müssen wir einfordern. Bei der Technologieentwicklung ist vor allem Offenheit gefragt.

Die Positionen, die ich Ihnen vorgetragen habe, sind ein Beitrag zur energiepolitischen Debatte in Deutschland, gleichzeitig sind sie gelebte und praktische Politik in Nordrhein-Westfalen.

Wir befinden uns in der Hochphase des Willensbildungsprozesses für ein nationales energiepolitisches Gesamtkonzept. Auch die Mitgliederversammlung des Forums für Zukunftsenergien wird hiervon geprägt sein.

Ich wünsche dem Forum für Zukunftsenergien, bei dem auch Nordrhein-Westfalen Mitglied ist, eine interessante und erfolgreiche Mitgliederversammlung.